



1 - Zentrale Aufgaben und Finanzen
04.04.2008
Az.: 1-002-13/vm

Alzey, den

N i e d e r s c h r i f t

Nr. der Sitzung: **21**

Wahlperiode: **2004 - 2009**

Gremium: **Kreistag**

Öffentlich

Sitzungsdatum: **11.03.2008**

Uhrzeit: **15.05 - 16.30 Uhr**

Sitzungsort: **Kreisverwaltung, Sitzungsräume 119/120**

Anwesenheitsliste

Vorsitzender Landrat Görisch			
Kreisbeigeordnete	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
Jürging, Karl Heinz, Wörrstadt	1-4		
Klippel, Walter, Saulheim	1-4		
Erbes, Heribert, Spiesheim	1-4		
Mitglieder des Kreistages	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
SPD-Fraktion			
Anklam-Trapp, Kathrin, MdL, Monsheim	1-4		
Beiser-Hübner, Ute, Flonheim		X	
Bothe, Ralph, Flörsheim-Dalsheim	1-4		
Corell, Christel, Gundersheim	1-4		
Dexheimer, Jutta, Flonheim	1-4 (ab 15.15 Uhr)		
Espenschied, Philipp, Siefersheim	1-4		
Hagemann, Klaus, MdB, Osthofen		X	
Kiefer, Gerhard, Eich	1-4		
Lenges, Franz-Josef, Eckelsheim		X	
Merker, Helga, Gau-Odernheim	1-4		
Müller, Bernd, Osthofen	1-4		
Piegacki, Hans-Jürgen, Wöllstein	1-4		
Pühler, Karl-Heinz, Schornsheim	1-4		
Seebald, Gerhard, Wörrstadt		X	
Sommer-Kundel, Nicole, Alzey	1-4		
Steinmann, Werner, Alzey	1-4		
Willius, Klaus, Eich	1-4		
CDU-Fraktion			
Blüm, Gerhard, Gundheim		X	
Conrad, Markus, Armsheim		X	
Herok, Mirja, Flörsheim-Dalsheim		X	
Hoffmann, Wolfgang, Alsheim	1-4		
Jung, Hansjörg, Gau-Bickelheim	1-4		
Knierim, Hans-Peter, Osthofen	1-4		
Köhm, Reinhold, Lonsheim	1-4		
Metzler, Jan, Dittelsheim-Heßloch	1-4		
Müller, Lucia, Wöllstein	1-4		
Pitsch, Anni, Alzey		X	
Rohschürmann, Heinz, Alzey	1-4		
Schnabel, Alfons, Wöllstein	1-4		
Schnabel, Heinz-Hermann, MdL, Erbes-Büdesch.	1-4		
Tauscher, Dr. Ludwig, Alzey	1-4		
Wagner, Walter, Westhofen	1-4		

Wolf, Peter-Franz, Sulzheim	1-4		
Fortsetzung Mitglieder des Kreistages	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
FDP-Fraktion			
Eibach, Irmgard, Armsheim	1-4		
Geil, Heinz-Ulrich, Monzernheim		X	
Lind, Ulrich, Gau-Odernheim	1-4		
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen			
Becker, Klaus, Bornheim	1-4		
Kolb-Noack, Elisabeth, Dittelsheim-Heßloch	1-4		
Neumann, Detlev, Alzey	1-4		
Wildner, Jürgen, Eich	1-4		
FWG-Fraktion			
Busch, Wilfried, Kettenheim	1-4		
Clar, Georg-Heinz, Alzey	1-4		
Klenk-Kaufmann, Ute, Eppelsheim	1-4		
Mehring, Klaus, Osthofen	1-4		
Orb, Fritz, Westhofen	1-4		
Schnitzspan, Hildegard, Alzey	1-4		

Kreisverwaltung

Reg.Dir. Linkerhägner
 KVDin Emrich
 ARin Menzel
 AR Sippel
 KOI Michel (bis 15.25 Uhr)
 Herr Held, Persönlicher Referent des Landrates
 VA Stier

Gäste

Stellv. Schulleiterin Grode, Gymnasium am Römerkastell, Alzey
 OStD Hoffmann, Elisabeth-Langgässer-Gymnasium, Alzey
 1. Realschulkonrektor Reinhard Horsch
 Kinderparlament des Kindergartens Erbes-Büdesheim unter der Leitung von Frau Wendel (bis 15.25 Uhr)

Schriftführerin

KOS Marx

Landrat Görisch eröffnete die Sitzung um 15.05 Uhr, begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einberufung mit Einladung vom 28.02.2008, die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung am 04.03.2008 sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Änderungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Somit geltende

T a g e s o r d n u n g

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Drucksachennummer</u>
-	Einwohnerfragestunde	
1	Konzept zur neuen Schulstruktur für den Landkreis Alzey-Worms - Beschlussfassung	10/2008/1
2	Errichtung einer Integrierten Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe in Osthofen - Beschlussfassung	13/2008/1
3	Änderung der Satzung des Landkreises Alzey-Worms über die Schülerbeförderung Antrag der Kreistagsfraktion der Bündnis 90/Die Grünen vom 07.02.2008	15/2008
4	Mitteilungen und Anfragen	

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Tagesordnungspunkt: 1	Drucksachennummer: 10/2008/1
------------------------------	-------------------------------------

Konzept zur neuen Schulstruktur für den Landkreis Alzey-Worms
- Beschlussfassung

Vorlagetext:

Ende Oktober 2007 wurden von der Landesregierung die Maßnahmen zur Fortentwicklung des rheinland-pfälzischen Schulsystems vorgestellt. Unter diesen Vorgaben und der zu erwartenden Schülerentwicklung in den nächsten Jahren wurde für den Landkreis Alzey-Worms ein Konzept erstellt und ein entsprechender Maßnahmenkatalog erarbeitet.

Damit das Konzept möglichst von allen betroffenen Schulträgern, Schulen und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion – Schulaufsicht- mit getragen wird, fanden zahlreiche Gespräche mit den Bürgermeistern, den Schulleitern und mit Vertretern der Schulaufsicht sowie des Bildungsministeriums statt. Dem Kreisausschuss wurde das Konzept mit dem Maßnahmenkatalog in der Sitzung am 19. Februar 2008 vorgestellt.

In Wörrstadt und Alzey ist die Umsetzung des vorgeschlagenen Maßnahmenkataloges abhängig von der Abstimmung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion mit den Schulleitungen hinsichtlich der pädagogischen Ausrichtung des Schulsystems (integrativ oder kooperativ) wie auch von der Bescheidung der Anträge der Verbandsgemeinden Alzey-Land und Monsheim bezüglich der Schulstandorte Flomborn/Flörsheim-Dalsheim und Flonheim.

Landrat Görisch wies darauf hin, dass das Konzept zur neuen Schulstruktur an die Kreistagsmitglieder übersandt worden sei. In der Sitzung wurden Korrekturblätter (S. 35/36, 95/96 und 129) zum Austausch sowie eine Übersicht über die aktuellen Anmeldezahlen für das Schuljahr 2008/09 ausgeteilt. Auf Frage von **Fraktionsvorsitzendem Busch (FWG)** an anderer Stelle informierte er, dass die IGS Wörrstadt maximal 120 Schüler pro Schuljahr aufnehmen.

Der Landrat erinnerte, dass die von der „Projektgruppe Bildung und Region, Bonn“ verfasste Schulentwicklungsplanung bisher als Basis für die Beratungen und Entscheidungen gedient habe. Aufgrund der demographischen Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Gesamtschülerzahlen (s. S. 18 des Konzeptes), und des neuen Schulgesetzes sei von der Verwaltung eine Fortschreibung erstellt worden, die eine gute Grundlage für künftige Maßnahmen biete. Neben dem Übergangsverhalten von den Grundschulen seien auch alle vorhandenen Schulkapazitäten berücksichtigt worden, um eine Auslastung zu erreichen. Zudem seien Möglichkeiten auf Erweiterung des Ganztagschulangebotes geprüft worden.

Er gehe davon aus, dass das Gesetzgebungsverfahren bis Ende des Jahres 2008 abgeschlossen sei. Auf Vorschlag des Landkreistages werde in diesem Zusammenhang auch über die Trägerschaft der weiterführenden Schulen diskutiert. Daher sei es wichtig, dass sich der Landkreis rechtzeitig positioniere.

Sodann informierte er, dass weiterhin ein starker Trend (rd. 44%) zum Besuch der Gymnasien bestünde. Die Gymnasialempfehlungen der Grundschulen im Landkreis lägen zwischen 34,2% und 51,5%. Bei den Regionalschulen gingen die Schülerzahlen leicht zurück. Die Auflösung der Schulbezirke werde Veränderungen bei der Schülerbeförderung mit sich bringen.

Die Gründung der Integrierten Gesamtschulen in Sprendlingen und Nieder-Olm wirke sich auch auf den Landkreis Alzey-Worms aus. So hätten sich z. B. bei der IGS Wörrstadt weniger Schüler aus dem Landkreis Mainz-Bingen als bisher angemeldet. Er wies darauf hin, dass die Ergebnisse für die jeweiligen Schulstandorte im Konzept blau unterlegt sei. Der sich daraus ergebene Maßnahmenkatalog könne im Hinblick auf die noch eintretenden Veränderungen angepasst bzw. fortgeschrieben werden.

Sodann ging er auf die Entwicklung der Schülerzahlen und Raumanalysen einiger Sekundarschulen, wie ab S. 35 des Konzeptes dargestellt, ein.

Wonnegau

Er verwies auf TOP 2 und erläuterte, warum auch der Kreis die Einrichtung einer IGS in Osthofen befürworte (s. auch S. 82-88). Er informierte, dass bei der Goldbergschule Sanierungs- und Modernisierungsbedarf bestünde. Allerdings müssten keine neuen Räume geschaffen werden. Sowohl die Stadt Osthofen als auch die Goldberg- und Realschule hätten sich bereits für eine IGS in Osthofen ausgesprochen.

Alzey

Landrat Görisch legte ausführlich dar, warum der Kreis die Einrichtung einer Realschule plus mit FOS im Gustav-Heinemann-Schulzentrum empfehle (ab S. 118). Sodann ging er auf die Auswirkungen der neuen Schulstruktur auf die Gymnasien ein (ab S. 126). Er betonte, dass zunächst eine Nutzung aller vorhandenen Räume vorgesehen sei, um Pavillons und Auslagerungen möglichst zu vermeiden. Im Hinblick auf die vorgeschlagene Unterbringung einiger Klassen des Elisabeth-Langgässer-Gymnasiums im Schulgebäude der BBS seien zunächst die tatsächlichen Anmeldezahlen abzuwarten.

Er informierte, dass mit der Schaffung weiterer Ganztagschulangebote Investitionen notwendig würden, z. B. für den Bau von Mensen. Im Hinblick auf ein günstig gelegenes Grundstück für die Mensa in Alzey und die Frage der Schülerbeförderung werde man gemeinsam mit der Stadt Alzey eine Lösung suchen.

Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD) lobte den Schulentwicklungsplan, der den Status quo übersichtlich wiedergebe. Zudem gebe er unter Berücksichtigung der Entwicklung der Schülerzahlen einen Maßnahmenkatalog vor, der realistisch und, vorbehaltlich der Zustimmung durch die ADD, umsetzbar sei. Der Kreis sei im Hinblick auf seine Finanzlage bemüht, Neubaumaßnahmen auf das Notwendigste zu beschränken. Der Schulentwicklungsplan habe auch von den Schulträgern und -leitungen breite Zustimmung erhalten.

Seine Fraktion erachte es als richtig und zukunftsweisend, dass auch die BBS und der dortige Rückgang der Schülerzahlen mit in die Untersuchungen einbezogen worden seien. Mit der Einrichtung einer Realschule plus mit FOS in Alzey könne man dem Schülerpotenzial gerecht werden. Auch der Investitionsbedarf sei im Gegensatz zu einer IGS geringer. Die geplante 4-zügige IGS in Osthofen entspreche ebenfalls, auch im Hinblick auf die Standortsicherung der Regionalschulen Eich und Westhofen, den Vorstellungen seiner Fraktion.

Er signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion und betonte, dass der Schulentwicklungsplan aufgrund der dynamischen Entwicklung der Schullandschaft stets fortgeschrieben werden müsse.

Auch **Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU)** machte deutlich, dass seine Fraktion das Konzept zur neuen Schulstruktur befürworte und dankte Landrat Görisch und den Mitarbeitern für dessen sehr gute Erarbeitung. Die Gesamtplanung zum jetzigen Zeitpunkt sei wichtig und richtig. Die Ankündigung auf Abschaffung der Hauptschule habe zu großen Verunsicherungen bei Schülern, Eltern und Lehrern geführt. Für die CDU-Kreistagsfraktion stünden vor allem verbesserte Bildungschancen im Mittelpunkt. Ziel der schulischen Ausbildung müsse es sein, dass je nach Begabung und Fähigkeiten entsprechende Bildungsabschlüsse erreicht würden, die auch vergleichbar sein müssten. Dafür seien die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Gute Bildungsabschlüsse seien die Grundlagen für die anschließende Berufsausbildung, spätere Erwerbstätigkeit und Eingliederung in die Gesellschaft.

Im Landkreis habe man in der Vergangenheit erheblich in die Infrastruktur des Schulwesens investiert. Dies gelte es bei der jetzt anstehenden Fortschreibung auch für die Zukunft unter anderen Rahmenbedingungen zu nutzen und zu sichern. Hierfür müssten neben der Schulreform die zu erwartenden sinkenden Schülerzahlen und der Wegfall der Schulbezirke in die Überlegungen einbezogen werden. Er gehe davon aus, dass sich die Unsicherheit von Eltern und Schülern über die zukünftige Nutzung der einzelnen Schulformen und -standorte noch erhöhe.

Zur Vermeidung von Fehlentscheidungen sei es wichtig, alle allgemein bildenden Schulen sowie Änderungen im Verhalten von Eltern und Schülern in die Planungen einzubeziehen und das Konzept anzupassen. Auch eine weitere Zusammenarbeit mit anderen Gebietskörperschaften erscheine ihm hilfreich und angebracht. Das neue Schulgesetz habe auch dazu geführt, dass derzeit gut funktionierende Haupt- und Realschulen, wie z. B. in Wörrstadt, „zerschlagen“ würden. Hier stelle sich die Frage, ob mit der neuen Schulstruktur ein vergleichbarer Ersatz geschaffen werden könne.

Seine Fraktion lege Wert darauf, dass vorab alle Möglichkeiten zur Nutzung der schon vorhandenen Schulkapazitäten ausgeschöpft würden, bevor Neuinvestitionen getätigt würden. Ihm sei jedoch bewusst, dass diese im Zusammenhang mit der Einrichtung von Ganztagschulen nicht völlig vermieden werden könnten. Im Hinblick auf die desolate Haushaltslage werde seine Fraktion jede Neuinvestition kritisch prüfen.

Fraktionsvorsitzender Busch (FWG) dankte der Verwaltung für die schnelle Erarbeitung des Konzeptes, das eine gute Entscheidungsgrundlage biete und auch in Zukunft fortgeschrieben werden müsse. Dabei sei das künftige Wahlverhalten für die Schulen zu beachten. Im Hinblick auf die desolante Haushaltslage des Kreises sollten Investitionen auf das dringend Notwendigste reduziert werden, um Leerstände zu vermeiden und die Schulden nicht unnötig zu erhöhen. Wichtig sei, sukzessiv zu prüfen, welche Maßnahmen notwendig seien, um diese in den zuständigen Ausschüssen und im Kreistag beraten zu können. Busch signalisierte die grundsätzliche Zustimmung seiner Fraktion.

Kreistagsmitglied Kolb-Noack (Bündnis 90/Die Grünen) machte deutlich, dass das Konzept zur neuen Schulstruktur den Ist-Zustand beschreibe. Es stelle sich die Frage, ob weitere Entwicklungstrends bereits jetzt schon abzusehen seien, um sie im Konzept zu berücksichtigen. So habe man z.B. vor 6 Jahren den heutigen Raumüberhang bei der BBS nicht vorhergesehen. Dies mache Planungen für den Schulträger schwierig. Sie gehe jedoch davon aus, dass es künftig keine leer stehenden Räume an Schulen gebe.

Sie wies darauf hin, dass ab dem kommenden Schuljahr die 2. Fremdsprache ab der 6. Klasse an den Gymnasien verpflichtend sei. Daher müsse dort mit einem noch stärkeren Rücklauf der Schülerzahlen in der Orientierungsstufe gerechnet werden.

Sie begrüßte die integrative Form der Realschule plus, da bei einem kooperativen System Haupt- und Realschule nebeneinander liefen. Sie betonte, dass ihre Fraktion alle Bemühungen auf eine gute Umsetzung der Landesvorgaben, z. B. die Realschule plus mit FOS, die Errichtung einer IGS in Osthofen und die Einrichtung von Ganztagschulen, unterstütze. Die Realschule plus sei ansatzweise ein Schritt in die richtige Richtung.

Fraktionsvorsitzender Lind (FDP) dankte der Verwaltung für die Erstellung des Konzeptes, dem seine Fraktion zustimmen werde. Von dem zuständigen Personal der Kreisverwaltung sei beachtliches geleistet worden. Eine Fremdvergabe wäre wesentlich teurer geworden.

Gleichwohl der Maßnahmenkatalog aufgrund des noch laufenden Gesetzgebungsverfahrens nicht endgültig sei, sei es richtig gewesen, das Konzept zum jetzigen Zeitpunkt zu erstellen, um eine ganz konkrete Beschreibung des Ist-Zustandes zu erhalten. Denn nur so seien Anpassungen aufgrund weiterer Entwicklungen möglich. Wichtig sei auch, mit der Planung nach außen auftreten zu können. Nicht alle Landkreise hätten sich in vergleichbarer Weise bemüht, ein solches Konzept zu erstellen.

Im Hinblick auf Osthofen machte er deutlich, dass seine Fraktion der Einrichtung einer IGS zustimmen werde, da dadurch keine anderen Schulen verdrängt würden. Die Existenz der Regionalschulen Eich und Westhofen wäre gesichert. Wichtig sei, den Wettbewerb zwischen einzelnen Schulformen aufrecht zu erhalten. Deshalb sei nichts dagegen einzuwenden, wenn eine weitere IGS neben anderen Schulen in diesen Wettbewerb eintrete. Zudem hätten sich die Stadt Osthofen und die betroffenen Schulen bereits für die Einrichtung einer IGS ausgesprochen. Er gab zu Bedenken, dass es infolge der Deckelung Probleme im Hinblick auf nicht aufgenommene Osthofener Schüler geben könnte. Er schlug daher vor, bei der weiteren Planung auf diese Problematik einzugehen, um Härtefälle in diesem Bereich zu vermeiden.

Kreistagsmitglied H.H. Schnabel (CDU) führte aus, dass er der Einrichtung einer IGS in Osthofen zustimmen werde. Er vertrat jedoch die Auffassung, dass Zentralabschlüsse notwendig seien und appellierte vor allem an die SPD, sich auf Landesebene dafür einzusetzen.

Weiterhin stelle sich die Frage, ob die Haupt- und Realschule in Wörrstadt, die sehr gut funktionieren würden, weiterhin in ihrer alten Form bestehen bleiben oder in eine Realschule plus umgewandelt werden sollten. Er wies darauf hin, dass die Haupt- und Realschulen in kirchlicher Trägerschaft bestehen blieben.

In seinen Erwiderungen machte **Landrat Görisch** deutlich, dass seitens der Verwaltung keine Absicht bestünde, Gesamtschulen flächendeckend im Landkreis einzurichten. Die IGS in Wörrstadt funktioniere auch deshalb so gut, weil sie im Wettbewerb mit anderen Schulen stehe. Bei Erstellung des Konzeptes sei darauf geachtet worden, möglichst alle Schularten im Landkreis anbieten zu können.

Im Hinblick auf die Einführung der 2. Fremdsprache ab der 6. Klasse an den Gymnasien vertrete auch er die Auffassung, dass mit mehr Abgängen zu rechnen sei. Daher sei richtig, keine baulichen Erweiterungen vorzunehmen. Zudem müssten auch Schulen vorhanden sein, die Rückläufer aufnehmen könnten.

Der Bau einer Mensa für die Alzeier Gymnasien sei notwendig, da es neben der Einrichtung eines Ganztagsangebots langfristig auch mehr Nachmittagsunterricht gebe. Die Schulleitung der Realschule Alzey habe sich für eine Realschule plus in kooperativer Form und die Schulleitung der Hauptschule für eine IGS ausgesprochen. Im Hinblick auf die Zusammenlegung der Haupt- und Realschule Wörrstadt habe sich die Schulleitung der Realschule für eine Realschule plus in kooperativer Form und die Schulleitung der Hauptschule für eine integrative Form ausgesprochen. Die endgültige Entscheidung liege bei den Schulleitungen und der ADD und werde daher im Maßnahmenkatalog zunächst offen gehalten.

Er wies darauf hin, dass seitens der VG's Alzey-Land und Monsheim eine Kooperation der beiden Hauptschulen Flornborn und Flörsheim-Dalsheim zu einer Realschule plus beantragt worden sei. Auch seitens der Hauptschule Flonheim liege ein Antrag vor. Für die Schulstandorte Flornborn, Flörsheim-Dalsheim, Monsheim und Flonheim sei entscheidend, welche Schulart in Alzey eingerichtet werde. Daher müsse über die Einrichtung einer Realschule plus mit FOS noch intensiv beraten werden.

Sodann informierte der Landrat, dass alle Hauptschulen im Landkreis, außer Wörrstadt und Alzey, 1-zügig seien. Er gehe davon aus, dass auch in Wörrstadt keine 2-Zügigkeit auf Dauer erhalten werden könne. Hier sollte jedoch zunächst das Gesetzgebungsverfahren abgewartet werden.

Fraktionsvorsitzender Becker (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßte die beabsichtigte Auflösung der Hauptschulbezirke. Der Verzicht auf eine IGS in Alzey werde sicher zu Enttäuschungen bei Schülern und Eltern führen, da der Wunsch und Bedarf vorhanden sei. Während viele Schulangebote bedarfsgerecht ausgebaut würden, werde die IGS durch die Deckelung künstlich knapp gehalten. Aufgrund des hohen Andrangs bei der IGS Wörrstadt könnte nur die Hälfte der Anmeldungen berücksichtigt werden. Daher handele es sich eher um eine „Lotterie“- als um eine Angebotsschule.

Er gab zu Bedenken, dass die Schulkonkurrenz in den Nachbarkommunen die Gefahr auf Fehlinvestitionen berge. Insofern hoffe er, dass im Schulzentrum Alzey ein integratives Modell realisiert und freie Kapazitäten an der IGS Wörrstadt und Osthofen durch Schüler aus dem Alzeier Raum genutzt werden könnten. Womöglich könne bei weiter rückläufigen Schülerzahlen eine IGS in Alzey neu diskutiert werden.

Kreistagsmitglied H.H. Schnabel (CDU) führte aus, dass eine IGS teurer, aber nicht besser als andere Schulformen sei. Wenn mehrere Integrierte Gesamtschulen im Landkreis eingerichtet würden, könnte die Drittelung möglicherweise nicht mehr eingehalten werden.

Kreistagsmitglied Anklam-Trapp (SPD) führte aus, dass die Diskussion über „Zentralabschlüsse“ auf Landesebene zu führen sei. Sie sprach sich für die Schulform IGS und deren Einrichtung in Osthofen aus, mit der im Landkreis Gutes für die Kinder erreicht werden könne.

Auch **Kreistagsmitglied Mehring (FWG)** vertrat die Auffassung, dass pädagogische Inhalte, wie z.B. „Zentralabschlüsse“, Aufgabe der Landesregierung seien. Der Landkreis sei lediglich für die Umsetzung der Vorgaben des Schulentwicklungsplanes zuständig.

Fraktionsvorsitzender Busch (FWG) vertrat die Auffassung, dass sich die Kreise aus finanziellen Gründen gegen die Übernahme jeglicher zusätzlicher Trägerschaften aussprechen sollten. **Landrat Görisch** informierte, dass der Entwurf des neuen Schulgesetzes die Trägerschaft weiterführender Schulen durch Landkreise und kreisfreie Städte grundsätzlich vorsehe. Hintergrund sei, dass die Landkreise künftig Verantwortung für die Schulentwicklungsplanung tragen sollten und diese mehr Verbindlichkeit für die Zukunft erhielten. Ein Finanzausgleich seitens des Landes sei nicht vorgesehen, da die Trägerschaft in der kommunalen Familie bleibe.

Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD) führte aus, dass der Landkreis Schulträger sein müsse, wenn er den Schulentwicklungsplan entsprechend umsetzen wolle.

Mitglied Müller (SPD) dankte dem Kreis für die frühe Erarbeitung des Schulkonzepts, das eine gute Grundlage für weitere Entscheidungen biete. Er wies darauf hin, dass sich die Stadt Osthofen und die betroffenen Schulen schon vor Erarbeitung des Konzepts für die Einrichtung einer IGS mit gymnasialer Oberstufe in Osthofen ausgesprochen hätten. Entsprechende Räumlichkeiten wären vorhanden. Die Stadt Osthofen werde dem Landkreis ein Grundstück für den Bau der Mensa zur Verfügung stellen. Auch die Verkehrsinfrastruktur biete allen Kindern aus dem Kreisgebiet die Möglichkeit, die Schule zu besuchen.

Abschließend machte **Landrat Görisch** deutlich, dass zunächst die Verabschiedung des Gesetzes abzuwarten sei, ehe über die künftige Trägerschaft der weiterführenden Schulen diskutiert werde. Grundschulen und Kindergärten sollten künftig noch stärker kooperieren und in der Trägerschaft der Städte und VG's bleiben. Für die Schüler aus Osthofen, die die IGS nicht aufnehmen könne, könne die Schule in Westhofen als Alternative gewählt werden.

Beschluss:

Der Kreistag nimmt das Konzept zur neuen Schulstruktur für den Landkreis Alzey-Worms sowie den Maßnahmenkatalog zur Kenntnis und beschließt nach weiterer Konkretisierung dessen schrittweise Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 2

Drucksachenummer: 13/2008/1

Errichtung einer Integrierten Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe in Osthofen

- Beschlussfassung

Vorlagentext:

In dem Konzept zur neuen Schulstruktur im Landkreis Alzey-Worms wurde für den Bereich Osthofen, Eich und Westhofen folgendes Ergebnis erarbeitet:

Für GymnasialschülerInnen dieser Region wird kein adäquates Schulangebot vor Ort vorgehalten. Sowohl das vorhandene Schülerpotential als auch die zur Verfügung stehenden Raumkapazitäten von Realschule und Goldbergsschule in Osthofen sprechen für die Errichtung einer Integrierten Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe.

Darüber hinaus wird durch die Errichtung dieser Schulart der Bestand der beiden Regionalen Schulen in Eich und Westhofen auf Dauer gesichert.

Die Überführung der bisherigen Realschule und Hauptschule in eine 4-zügige Integrierte Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe findet auch politisch breite Unterstützung.

Die Verwaltung sollte daher beauftragt werden, die Errichtung einer 4-zügigen Integrierten Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe zum Schuljahresbeginn 2009/10 bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Schulaufsicht, zu beantragen. Der Antrag ist bis zum 31. März 2008 zu stellen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, die Verwaltung mit der Antragstellung auf Errichtung einer Integrierten Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe in Osthofen zum Schuljahresbeginn 2009/10 zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 3	Drucksachenummer: 15/2008
------------------------------	----------------------------------

Änderung der Satzung des Landkreises Alzey-Worms über die Schülerbeförderung
Antrag der Kreistagsfraktion der Bündnis 90/Die Grünen vom 07.02.2008

Antragstenor:

s. Anlage 1 der Originalniederschrift

Fraktionsvorsitzender Becker (Bündnis 90/Die Grünen) erläuterte den Antrag seiner Fraktion. Er gehe davon aus, dass die Schüler nach Änderung der Satzung nicht öfter mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren würden als bisher. Daher könnte diese kostenneutral umgesetzt werden. Zudem sei die Möglichkeit auf eine einheitliche Regelung im gesamten Kreisgebiet zu prüfen.

Landrat Görisch führte aus, dass im Rahmen des neuen Schulgesetzes (Wegfall der Schulbezirke) auch Änderungen bei der Schülerbeförderung eintreten würden. Der Kreis erfülle derzeit eine Pflichtaufgabe. Eine Erweiterung des Angebotes wäre freiwillig und mit mehr Kosten verbunden.

Auf Vorschlag von **Landrat Görisch** fasste der Kreistag nach kurzer Diskussion folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss und die Verwaltung, die im Zusammenhang mit dem Antrag stehenden Fragen zu prüfen und die Kostenauswirkungen zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 4

Drucksachennummer:

Mitteilungen und Anfragen

Landrat Görisch wies darauf hin, dass eine zusätzliche Sitzung des Kreisausschusses stattfindet, in der über das Wettbewerbsverfahren zur Vergabe eines Architektenauftrages im Hinblick auf die Errichtung des Mensagebäudes in Osthofen zu beraten sei. Als Termin wurde der 08.04.2008, 15 Uhr, festgelegt.

Auf Frage von **Kreistagsmitglied Müller (SPD)** informierte **Landrat Görisch** über das Rauchverbot an Schulen. Das Hausrecht liege bei den jeweiligen Schulleitern, die das Gesetz auch entsprechend an ihrer Schule umsetzen müssten. Sanktionen könnten in der Schulordnung festgesetzt werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Landrat Görisch** die Sitzung um 16.30 Uhr.

gez. Unterschrift

(Görisch)
Landrat

gez. Unterschrift

(Marx)
Schriftführerin